



Garrelt Duin

Ostfriesisch. Klar.

Newsletter



Berlin, 01. Juli 2011

www.garreltduin.de

Ausgabe 7 / 2011 |

Jetzt schlägt die Stunde der Ingenieure

Nach dem Atomausstieg: SPD wird für bezahlbare Energie kämpfen

Die Energiewende ist jetzt Gesetz. Der Bundestag hat sich mit großer Mehrheit für den Atomausstieg entschieden. Zweifellos ein bedeutender Tag. Die Bundesregierung, Union und FDP versuchen die Energiewende als ihr Meisterstück darzustellen. Tatsache bleibt jedoch, dass sie nicht aus freien Stücken zur Einsicht gekommen sind, sondern aus purer Not und aus Angst vor dem Wähler.

Die Grünen stellen den Atomausstieg als ihr alleiniges Werk dar. Das ist nichts anderes als eine grobe Geschichtsfälschung. Richtig ist, dass die Grünen von Anfang an gegen die Atomkraft gekämpft haben. Richtig ist aber auch, dass die SPD nach Tschernobyl vom Befürworter zum Gegner der Atomkraft geworden ist und dies auf einem Parteitag dokumentiert hat. Richtig ist auch, dass die SPD unter der

Kanzlerschaft von Gerhard Schröder gemeinsam mit den Grünen 2002 den Ausstieg vertraglich mit der Industrie vereinbart hat.

Die Menschen durchschauen das zwar richtige, aber sehr opportunistische Manöver der Regierungsparteien. Nicht wenige ihrer Abgeordneten sind nach wie vor nicht überzeugt vom Ausstieg. Die CDU-Abgeordnete Gitta Conemann aus Leer hat sogar namentlich gegen den Ausstieg gestimmt. Nach ihrem Nein zum Mindestlohn und zur besseren Förderung der Sozialen Stadt votierte sie erneut gegen Interessen Ostfrieslands. Mit dem Ausstiegsbeschluss schlägt jetzt die Stunde der Ingenieure. Neue Starkstromkabel, neue Verteilnetze, bessere Energieeffizienz, Ausbau der Windenergie auf See und an Land - das alles erfordert technische Meisterleistungen.

Politisch werden wir Sozialdemokraten aufpassen (müssen), dass die Energie für Privatpersonen und für die Wirtschaft bezahlbar bleibt. Garrelt Duin: „Erste Pläne der Regierung zur Gebäudesanierung deuten darauf hin, dass viel Arbeit auf uns Sozialdemokraten zukommt.“

Friedman grillt FDP-Mann



„Steuersenkung: alles Lüge?“ Michel Friedman (links) hatte Garrelt Duin und den FDP-Finanzpolitiker Volker Wissing (Mitte) in seine Sendung bei N24 in Berlin ins Studio geladen. Wissing hatte einen schweren Stand, die selbst für den konservativen Friedman wirre Steuerpolitik der Regierung zu verteidigen.

Nein!

Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in der Europäischen Union. Aber die Bundesregierung setzt diese Stärke in Brüssel und auch anderswo in der Welt nicht so ein, wie es angemessen wäre. Die Franzosen sind da von anderem Kaliber. Vor Jahren überredete Angela Merkel den damaligen Weltbank-Chef Horst Köhler, doch Bundespräsident zu werden. Sein Nachfolger ist ein Franzose, dessen Nachfolgerin ebenfalls. Die Europäische Zentralbank wird demnächst von einem Italiener geführt, weil Merkel den Favoriten mit ihrer Wankelpolitik verärgerte: Bundesbankpräsident Weber warf wegen Merkel die Brocken hin - und war somit als EZB-Chef nicht mehr durchsetzbar. In der aktuellen Krisen-Finanzpolitik in Europa fährt Merkel einen Schlingerkurs zum Schaden Deutschlands und Europas. Selbst im Kleinen bringt die Regierung in Brüssel nichts auf die Reihe: Es gelingt ihr nicht, die vom Bundestag beschlossene Befreiung von der Luftverkehrssteuer für Flüge zu unseren Inseln tatsächlich durchzusetzen. Ein Trauerspiel.

Garrelt Duin

Grüne essen Kreide - SPD spricht Klartext

Investitionskongress des BDI: Steinbrück und Duin für starken Industriestandort Deutschland

Sozialdemokraten haben beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) kein Heimspiel, auch wenn sie natürlich immer freundlich behandelt werden. Das war beim Investitionskongress des BDI im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin diesmal nicht anders. Garrelt Duin und Peer Steinbrück vertraten die Farben der SPD, Wirtschaftsminister Rösler die der FDP.

Duin als wirtschaftspolitischer Sprecher trug in einer Diskussion vor, wie er sich „Grundlagen für mehr Investitionen: Forschung, Bildung und Infrastruktur“ vorstellt. Sein Credo gerade auch in der Energiewende: Deutschland muss ein starker Industriestandort bleiben. Dieser dürfe nicht irgendwelchen grünen Phantasien geopfert werden. Er fordere die Regierung auf, sich endlich zu einer steuerlich begünstigten Forschungsförderung durchzurufen. Diese Förderung, in anderen Industriestaaten die Regel, ist ein Standortfaktor im Wettbewerb um Unternehmen. Duin: „Wir müssen neue Themen und Ideen fördern, zum Beispiel in der Elektromobilität - damit der Anschlag



Beim Investitionskongress des Bundesverbandes der Deutschen Industrie vertrat Garrelt Duin als wirtschaftspolitischer Sprecher die SPD-Bundestagsfraktion. Von links Professor Reinhold Achatz, Forschungs-Chef bei Siemens, Alf Hendryk Wulf, Vorstands-Chef von Alcatel-Lucent, Moderator Daniel Goffart, Handelsblatt, und Garrelt Duin.

für die Technik aus Deutschland und nicht aus China kommt.“

Beim Thema „Wie schaffen wir Akzeptanz für Investitionen“ maßßen sich in zwei Vorträgen die Grünen-Politikerin Renate Künast, die in Berlin für das Amt des Regierenden Bürgermeisters kandidiert, und Peer Steinbrück, Bundestagsabgeordneter und möglicher Kanzlerkandidat der SPD.

Künast ging auf Schmusekurs mit den Industrie-Managern. Keine Kritik, kein scharfes Wort, als ob sie reichlich Kreide gegessen hätte. Bei Teilen der Zuhörer verfiel die Anbiederung.

Peer Steinbrück kennt keine Kreide. Er las den Managern zeitweise die Leviten. So wies er deren Kritik einer zu hohen steuerlichen Belastung als „Unsinn“ zurück -

und erteilte eine kleine Lektion in Steuerpolitik. Steinbrück hielt den Managern auch den Spiegel in Sachen Energiepolitik vor: Hätten sie Kanzlerin Merkel nicht zu einer Kündigung des Atomkonsenses von 2002 gedrängt, wären sie heute genauso weit. Nach Merkels Volte bleibt der Industrie die Brennelementesteuer. Dumm gelaufen.

Lanxess und Essex: Sorgen wegen Strompreis



Als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion hält Garrelt Duin auch Kontakt zu Firmen außerhalb des Wahlkreises. Ziele eines Besuchstages waren jüngst der Chempark in Leverkusen (r.) und die Motoren- und Transformatorenfabrik der Essex GmbH in Bramsche bei Osnabrück (l.). Im Chempark sah sich Duin das anwendungstechnische Zentrum für Kautschuk, in Bramsche informierte er sich über das Unternehmen der Kupferindustrie. Hier wie dort ging es um indirekte CO₂-Kosten im Strompreis, die bei stromintensiven Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit schwächen, weil sie im Ausland häufig fehlen.

Bundestag ist nicht der Notar der Regierung

Bundestagspräsident Norbert Lammert, CDU, warnt: Regierung handelt zu oft am Parlament vorbei

Bundespräsident Christian Wulff warnt vor dem Hintergrund der Griechenland-Krise und der Energiekrise vor einer Entmachtung der Parlamente durch die Bundesregierung. Ganz so weit ging Bundestagspräsident Norbert Lammert, CDU, nicht. Während eines Gesprächs mit SPD-Bundestagsabgeordneten stellte er jedoch fest, dass der „Bundestag keine notarielle Beurkundungsstelle“ der Regierung sei. Tatsächlich sieht Lammert Tendenzen, dass „der Bundestag sich aus dem operativen Geschäft herausnimmt“.

Die Griechenland-Krise müsse öffentlich diskutiert werden: „Das ist verfassungspolitisch nötig.“ Der durch die Griechenland-

Politik verunsicherte und miss-trauisch gewordene Bürger habe ein Recht darauf, die Positionen des Parlaments zu erfahren. Lammert fordert, dass der Bundestag ähnlich wie bei Militäreinsätzen „in jedem konstitutionellen Einzelfall“ bei den finanziellen Hilfsaktionen beschließen müsse.

Für den Bundestagspräsidenten ist es „ein Gebot der politischen Hygiene“, öffentlich auszutragen, „ob, wie und wie lange eine Griechenland-Hilfe gewährt wird“. Die Sozialdemokraten stimmten ihm grundsätzlich zu. Garrelt Duin gibt allerdings zu bedenken, dass manche Entscheidungen sehr schnell fallen müssen: „Dann muss das Parlament aber mit Bevollmächtigten vertreten sein.“



Es ist höchst selten, dass ein CDU-Politiker beim Gesprächskreis der „Seeheimer“ in der SPD dabei ist. Bundestagspräsident Norbert Lammert war die Ausnahme. Links Garrelt Duin, rechts der Abgeordnete Johannes Kahrs.

SPD-Kreistagsfraktion will Schutz vor Massenställen

Sozialdemokraten aus dem Landkreis Aurich überreichen Garrelt Duin in Berlin eine Resolution



Der Vorsitzende der Auricher SPD-Kreistagsfraktion Erwin Wenzel (rechts) überreicht Garrelt Duin im Reichstag in Berlin eine Resolution zur Massentierhaltung. Darin fordern die Sozialdemokraten, dass Kommunen zuständig für die Planung werden.

Immer mehr Massenställe rücken Menschen buchstäblich auf die Pelle. Die Auricher SPD-Kreistagsfraktion will diesen Wildwuchs beenden und erreichen, dass Kommunen wieder eigene Herren im Hause sind. Nach geltender Gesetzeslage können sie Anträge von Massentierställen kaum ablehnen. Die Sozialdemokraten im Kreistag wollen deshalb in der nächsten Kreistagssitzung eine Resolution zur Abstimmung stellen. Sie fordern Bund und Land auf, für Planungshoheit der Kommunen bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen zu sorgen.

Der SPD erwartet vom Land eine entsprechende Bundesratsinitiative und vom Bund, das Baugesetzbuch im Sinne der kommunalen Planungshoheit zu ändern. Mitglieder der Kreistagsfraktion nutzten einen Besuch in Berlin, bei Garrelt Duin im Reichstag das Thema zu erörtern und ihm die ausführlich begründete Resolution zu überreichen.

Garrelt Duin sicherte zu, das Vor-

haben über die Bundestagsfraktion zu unterstützen. Das Problem der Massentierhaltung ist nicht auf Ostfriesland beschränkt, aber hier besonders akut, weil die Gebiete um Cloppenburg und Vechta, aber auch das Emsland mit Massentieranlagen übersät sind.

Dem Landkreis Aurich liegen gegenwärtig 14 Anträge zum Bau von Legehennenställen für 130.000 Tiere und vier Anträge zum Bau von Mastgeflügelställen für 185.000 Tiere vor. Allein 2009 und 2010 musste der Landkreis 15 Legehennenställe mit 85.000 Tieren und einen Junghennenaufzuchtställe mit 26.000 Tieren genehmigen, ohne dies rechtlich verhindern zu können.

Die SPD-Kreistagsfraktion verlangt auch, dass die mögliche Gefährdung von Menschen durch Stäube, Sporen und sonstige Auswürfe der Massentierställe wissenschaftlich konsequent untersucht wird. Auch Brandschutz- und Tierschutzfragen müssen beantwortet werden.

Kreistagsabgeordnete reisten in die Hauptstadt



Mitglieder der Auricher SPD-Kreistagsfraktion, zum Teil mit Ehepartnern, besuchten Berlin und diskutierten mit Garrelt Duin im Reichstag (siehe Bericht vorige Seite). Auf einer Treppe im Reichstag stehen von links Manfred Schreiber, Helmut Ross, Erika Jakobs, Klaus Groenewold, Jenny Akkermann, Hermann Luppen, Adeltraud Wenzel, Annegret Groenewold, Rita Janßen, Garrelt Duin, Veronika Schreiber, Erwin Wenzel, Cornelius Petrs, Martin Wenninga, Hinrich Busker, Annegret Busker, Jan-Dieter Kleen, Hermann Akkermann, Christel Luppen, Barbara Kleen, Meta, Wanninga, Jakobus Jakobs und Inge Ross. Die Gruppe absolvierte in der Hauptstadt ein intensives Besuchs- und Gesprächsprogramm.

„Für Bernd“

Verdiente Genossen



Der Unterbezirksparteitag der SPD in Emden war eine Demonstration der Unterstützung für Bernd Bornemann, der für das Amt des Oberbürgermeisters kandidiert. Dazu rief auch Garrelt Duin auf. Alwin Brinkmann scheidet nach 25 OB-Jahren aus.

Für langjährige Treue zur Partei wurden im SPD-Ortsverein Walle zwei Genossen ausgezeichnet. Ortsvereinsvorsitzende Monika Groenewold, Bundestagsabgeordneter Garrelt Duin und Landtagsabgeordneter Wiard Siebels würdigten die Jubilare in einer kleinen Feierstunde. Johann Jütting ist seit 40 Jahren mit dabei, Georg Wallenstein trat vor 25 Jahren der Sozialdemokratie bei. Unser Foto zeigt von links Johann Jütting, Wiard Siebels, Garrelt Duin, Georg Wallenstein und Monika Groenewold.

Spruch der Woche

„Na, alter
Steuersenkler.“

Ministerpräsident David McAllister, CDU, zum FDP-Vorsitzenden Philipp Rösler beim Empfang auf dem Sommerfest der Niedersachsen in Berlin.



Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel./Fax (030) 227-70145/-76445
garrelt.duin@bundestag.de | www.garreltduin.de

Bildrechte

Eigene Aufnahmen, Frank Ossenbrink, Lanxess, Essex